

Bregenz, am 30.03.2017

younion-Vorarlberg  
Rathausplatz 4  
6850 Dornbirn  
E-Mail: [info@younion-vbg.at](mailto:info@younion-vbg.at)

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender Stoppel,

vielen Dank für die Übermittlung des Schreibens der younion-Vorarlberg zum Trade in Services Agreement (TiSA). TiSA ist ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das derzeit von 23 Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO), darunter auch die EU, verhandelt wird. TiSA soll das General Agreement on Trade in Services (GATS) der WTO weiterentwickeln. Zu TiSA haben bis dato 22 Verhandlungsrunden stattgefunden. Derzeit gibt es eine „Verhandlungspause“, ein Datum für die 23. Verhandlungsrunde ist nicht festgelegt.

Die österreichischen Bundesländer sind im Zusammenhang mit allen Freihandelsverhandlungen, damit auch im Hinblick auf TiSA, dafür eingetreten, dass die öffentlichen Dienstleistungen aus diesen gänzlich ausgeklammert werden müssen.


Auch ist zu EU-Freihandelsabkommen grundsätzlich festzustellen, dass keines dieser Abkommen die Mitgliedstaaten dazu zwingt, öffentliche Dienste auf nationaler oder kommunaler Ebene zu privatisieren oder zu deregulieren. Dies gilt auch für TiSA und jedes andere Handelsabkommen, das die EU derzeit verhandelt. Die Mitgliedstaaten können daher öffentliche Monopole aufrechterhalten und öffentliche Dienste regulieren, wenn sie dies für angemessen halten. Dies insbesondere auch deshalb, weil die EU im Rahmen von Freihandelsverhandlungen folgende Bereiche stets aus ihren Verpflichtungen aus: öffentliche Gesundheitsversorgung und soziale Dienstleistungen, staatlich finanzierte Bildung, Dienstleistungen zur Wasserversorgung, -aufbereitung, -verteilung und -bewirtschaftung, Film, Fernsehen und andere audiovisuelle Dienstleistungen. Diese Bereiche sind auch in den TiSA-Verhandlungen ausgenommen. Dadurch behält sich die EU das Recht vor, Unternehmen aus Drittstaaten zu verbieten, diese Dienstleistungen in der EU anzubieten.

Zu bedenken möchte ich geben, dass vermehrter Protektionismus für eine exportabhängige Region wie Vorarlberg problematisch ist und Gefahren für unsere Wirtschaft mit sich bringen würde. Vor diesem Hintergrund trete ich für Freihandelsverhandlungen ein, dies allerdings unter Erhalt der hohen Qualität unserer öffentlichen Dienstleistungen. Für deren Verbleib in öffentlicher

Verwaltung unter demokratischer Kontrolle setze ich mich weiterhin im Interesse der Vorarlberger Bevölkerung ein.

Mit freundlichen Grüßen



	<p>Dieses Dokument wurde amtssigniert.</p>
	<p>Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.</p> <p>Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <a href="https://pruefung.signatur.rtr.at/">https://pruefung.signatur.rtr.at/</a> verfügbar.</p> <p>Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: <a href="mailto:land@vorarlberg.at">land@vorarlberg.at</a> überprüft werden.</p>